



RUNDBRIEF 2/2021

SUDAN/SÜDSUDAN

KOORDINATIONSGRUPPE 2054
SUDAN/SÜDSUDAN

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Sudan

Juni/ Juli.....	3
August.....	4
September.....	5
Sudan: Der UN-Menschenrechtsrat sollte seine Unterstützung, aber auch die Beobachtung des Sudan ausweiten (10.09.2021).....	6
Oktober.....	7
Militärputsch im Sudan: Zurück in die Repression (25. Oktober 2021)	7
Sudan: Unnötige Gewalt gegen Demonstranten stoppen und tödliche Schüsse untersuchen (29.10.2021)	8
November.....	10
Sudan: Repression nach Militärputsch stoppen(09.11.2021).....	10
Sudan: Amnesty fordert Untersuchungen zu Tötungen von Menschen nach militärischem Vorgehen gegen Demonstranten (24.11.2021).....	12
Dezember	16

Südsudan

Vorlage von AMNESTY INTERNATIONAL für die 40. SITZUNG der UPR-ARBEITSGRUPPE der UN (JANUAR - FEBRUAR 2022).....	17
Dezember	
Überlebende berichten von Tötungen, Massenvertreibungen und Terror während Kämpfen in Western Equatoria.....	19
November	
Bankkonten von zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivisten freigeben.....	19
Oktober.....	20
September	
Neue Welle von Repression gegen friedliche Demonstrant_innen.....	20
Juli.....	20

Bild auf Seite 1: Burnt structure in Tambura town / IDP, South Sudan, Amnesty international

SUDAN

Juni/ Juli

Am 27.06.2021 hat das Sudanesisches Kabinett in Darfur einstimmig beschlossen ehemalige Beamte, die wegen Kriegsverbrechen in Darfur angeklagt sind, an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu übergeben.¹

Die Hybrid-Operation der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) hat am 30.06.2021 ihren Abzug abgeschlossen, wie in der Resolution 2559 (2020) des UN-Sicherheitsrats gefordert, mit der das Mandat der Mission Ende letzten Jahres beendet wurde.²

Am 30.06.2021 berichtet Aljazeera, dass hunderte Demonstranten den Rücktritt der Regierung fordern. Die Demonstranten versammelten sich in Khartum, um gegen die wirtschaftlichen Bedingungen nach den Reformen zu protestieren, durch die die Subventionen für Brot und Kraftstoff gekürzt wurden. Diese Reformen sollten die Ökonomie des Landes wiederbeleben, wobei einige Maßnahmen drohten einige der Ärmsten des Landes weiter zu verarmen.³ Die Regierung geht indes weiter unverhältnismäßig hart gegen Regierungskritik vor. Im Kampf um eine bessere Zukunft stehen die Künstler des Landes an der Front eines sich verändernden Sudan. Zwei Jahre nach dem Sturz Al-Bashirs fürchten diese Künstler, welche an der Revolution 2019 teilnahmen, um die Stabilität des Landes. Sie stehen nun wieder an der Spitze des politischen Aktivismus im Land, frustriert über die fehlende Gerechtigkeit für die Getöteten und den religiösen Einfluss auf Teile der Regierung.⁴

Ebenfalls zum 30.06.2021 gibt der OCHA in seinem Bericht einen Überblick über die Lage der Flüchtlinge im Sudan. Demnach kehrten rund 44.500 Menschen aus West-Dafur in ihre Heimatorte zurück. Der Bericht spricht jedoch auch von prekären Verhältnissen, Angstzuständen und Depressionen bei den Flüchtlingen.⁵

Der Juli beginnt mit einem landesweiten Aufschrei, als die Zeitung El Sudani und 30 weitere Websites von den Behörden geschlossen werden. Feisal El Bagir, Koordinator der Journalistenvereinigung für Menschenrechte, bezeichnete die Sperrung von Plattformen und Websites als "ein abscheuliches und vollwertiges Verbrechen gegen das Recht auf Meinungsäußerung, den Zugang zu Informationen und das Recht auf eine unabhängige Presse".⁶

Gute Nachrichten gibt es zum Beginn des Monats von Amnesty International. Abdul Aziz Muhamat ist frei! Der sudanesischer Flüchtling Abdul Aziz Muhamat wurde sechs Jahre lang auf einer Insel in der Nähe von Australien gefangen gehalten. Dort setzte er sich unermüdlich für diejenigen ein, denen die elementarsten Rechte verweigert werden. Dafür wurde er mit dem Martin-Ennals-Menschenrechtspreis ausgezeichnet.⁷

Am 19.07.2021, nach einem Artillerieangriff auf das Lager Sortony in der Ortschaft Kabkabiya in Nord-Darfur kamen mindestens fünf Menschen ums Leben, 10 weitere wurden verletzt, und eine große Zahl von Zivilisten ist aus ihren Häusern geflohen. Für den Angriff wurden reguläre und Friedenstruppen aus der Zeit des früheren Regimes verantwortlich gemacht. Bei zwei getrennten Vorfällen in der Ortschaft Gireida in

Süd-Darfur kamen drei weitere Menschen ums Leben, zwei weitere wurden verwundet.⁸

Am 29. Juli meldet Human Rights Watch Exekutionen im Norden des Landes. Südsudanesische Sicherheitskräfte hatten im Rahmen ihrer Kampagne zur Verbrechensbekämpfung im Bundesstaat Warrap mindestens acht mutmaßliche Kriminelle, darunter zwei Kinder, hingerichtet. Die Exekutionen wurden offenbar auf Befehl des Gouverneurs Aleu Ayieny Aleu vollstreckt.⁹

¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-cabinet-unanimous-decision-to-hand-darfur-war-crimes-accused-to-icc>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/darfur-unamid-drawdown-complete-as-liquidation-phase-begins>

³ <https://www.aljazeera.com/news/2021/6/30/sudan-protesters-demand-govt-step-down-over-imf-backed-reforms>

⁴ <https://www.aljazeera.com/features/2021/6/30/art-on-the-front-lines-of-a-changing-sudan>

⁵ <https://reliefweb.int/report/sudan/sudan-situation-report-30-jun-2021-enar>

⁶ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/outcry-as-sudan-blocks-el-sudani-newspaper-and-30-other-websites>

⁷ <https://www.amnesty.ch/de/laender/afrika/sudan/dok/2021/freilassung-von-abdul-aziz-muhamat#>

⁸ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/deadly-darfur-attacks-leave-eight-dead-12-injured-1>

⁹ <https://www.hrw.org/news/2021/07/29/south-sudan-summary-executions-north>

August

Am 02.08.2021 werden mindestens 18 Tote bei Zusammenstößen in West-Kordofan gemeldet. Grund ist eine weitere gewalttätige Auseinandersetzung zwischen den Misseriya-Clans in der Region, bei denen in einer Woche 18 Stammesangehörige getötet und 35 weitere verwundet wurden.¹ Am 05.08.2021 berichtet Radio Dabanga, dass ein sudanesisches Gericht sechs Mitglieder der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) zum Tode verurteilt hat, weil sie während einer Demonstration in El Obeid im Jahr 2019 sechs Demonstranten getötet hatten.²

Am 09.08.2021 zitiert Radio Dabanga den Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), indem über die Lage Äthiopischer Flüchtlinge berichtet wird. Dieser stellt fest, dass die Versorgung mit Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, Unterkünften und sanitären Einrichtungen völlig unzureichend ist.³

Nachdem der Sudan im Februar 2020 bereits zustimmte, dass sich der Ex-Präsident dem IStGH stellen muss⁴ berichtet Aljazeera am 12. August 2021, dass das Kabinett des Landes laut Außenminister beschlossen habe, gesuchte Beamte einschließlich Omar al-Bashir an den IStGH auszuliefern, ohne jedoch einen Zeitrahmen zu nennen.⁵

Die sudanesische Menschenrechts- und Entwicklungsorganisation (HUDO) meldet am 21.08.2021 eine Zunahme bewaffneter Raubüberfälle und Entführungen in Süd-Kordofan. In den meisten Fällen hätten die Behörden nicht gehandelt.⁶ Am 24.08.2021 fordert die Organisation die Regierung auf, der anhaltenden Gesetzlosigkeit in Süd-Kordofan Beachtung zu schenken und ihren Pflichten nachzukommen.⁷

Am 31.08.2021 berichtet Radio Dabanga über das sudanesisches Journalistennetzwerk, welches am Tag zuvor in einer öffentlichen Erklärung den brutalen Angriff auf den Journalisten Mohamed El Mustafa durch reguläre Streitkräfte verurteilt hatte. Das Netzwerk rief die Journalistengemeinschaft auf, sich gegen die Repression durch reguläre Streitkräfte zu wehren. Das Netzwerk bekräftigte seine Solidarität mit dem Journalisten El Mustafa angesichts dieser Übergriffe, die nach Angaben des Netzwerks leider genauso häufig vorkommen wie die Übergriffe und Schikanen des gestürzten Al Bashir-Regimes.⁸

¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-at-least-18-killed-in-west-kordofan-clashes>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/six-rsf-militiamen-sentenced-to-death-for-2019-el-obeid-massacre>

³ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/icrc-sudan-ethiopian-refugees-face-increasingly-difficult-conditions-as-more-people-flee-their-homes>

⁴ <https://www.bbc.com/news/world-africa-51462613>

⁵ <https://www.aljazeera.com/news/2021/8/12/sudan-omar-al-bashir-icc-war-crimes-darfur>

⁶ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/hudo-reports-increase-in-crimes-in-sudan-s-blue-nile-nuba-mountains>

⁷ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/hudo-demands-govt-pay-attention-to-lawlessness-in-south-kordofan>

⁸ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudanese-journalists-network-harassment-of-journalists-as-frequent-as-during-al-bashir-era>

September

Am 1. September berichtet Radio Dabanga, von zwei erschossenen und 11 verletzten Studenten. Der Vorfall ereignete sich als sudanesisches Truppen eine Demonstration an der Universität Zalingei in Zentral-Darfur auflösten. Die Streitkräfte schossen mit scharfer Munition. Der Direktor der Universität machte das Sicherheitskomitee des Staates für die Vorfälle verantwortlich.¹

Am 2. September berichtet Radio Dabanga, dass nach Angaben der Strategischen Initiative für Frauen am Horn von Afrika (SIHA) geschlechtsspezifische Gewalttaten gegen Frauen durch sudanesisches Sicherheits- und Militärkräfte im öffentlichen und privaten Bereich im ganzen Land weiterhin die Regel sind.²

Frauen und Mädchen, die durch Gewalt und Gesetzlosigkeit in Darfur vertrieben wurden, sind zusätzlich der ständigen Bedrohung durch Vergewaltigung und geschlechtsspezifische Gewalt ausgesetzt, die lange Zeit von den Streitkräften und Milizen des früheren Regimes als Terrorinstrument eingesetzt wurde und nun von

"bewaffneten und organisierten" marodierenden Banditen ausgeübt wird, so Radio Dabanga am 07.09.2021. Aktivisten meldeten 17 Fälle von Vergewaltigung im Lager Zamzam, südlich der Hauptstadt von Nord-Darfur, El Fasher, seit Beginn der gegenwärtigen Serie von bewaffneten Angriffen auf Dutzende von Dörfern im Juli und August.³

Sudan: Der UN-Menschenrechtsrat sollte seine Unterstützung, aber auch die Beobachtung des Sudan ausweiten (10.09.2021)

Im Vorfeld der 48. Tagung des UN-Menschenrechtsrats (13. September bis 8. Oktober 2021) möchten wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, darauf hinweisen, dass der Rat die Menschenrechtsreformen im Sudan weiterhin unterstützen muss, sowohl durch technische Hilfe und Kapazitätsaufbau als auch durch öffentliche Debatten über Fortschritte und Herausforderungen sowie die Arbeit des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) im Land. Da der politische Übergang im Sudan noch nicht abgeschlossen ist, hat der Rat die Aufgabe, die nationalen Behörden und Akteure, einschließlich der Organisationen der Zivilgesellschaft, zu unterstützen.

Hier geht es zur Originalversion des offenen Briefes von NGOs an den UN-Menschenrechtsrat: [Sudan: The Human Rights Council should extend its support to, and scrutiny of, Sudan | Amnesty International](#)⁴

Am 11. September 2021, gegen 13.00 Uhr, verhafteten Mitglieder der schnellen Eingreiftruppen (RSF) zwei Aktivisten in einer Moschee im Stadtteil Umbada in Omdurman, als sie gegen den Vizepräsidenten des Souveränen Rates und den Oberbefehlshaber der RSF, General Mohammed Hamdan Dagalo, protestierten, der sich in der Moschee aufhielt, und Gerechtigkeit und Rechenschaft für die von den RSF begangenen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung forderten, so das African Centre For Justice and Peace Studies (ACJPS).⁵

Am 21.09.2021 berichtet die Tagesschau, dass ein Putschversuch im Sudan vereitelt wurde. Wer hinter dem versuchten Militärputsch stecke wäre unklar. Es wurde vermutet, dass es sich um Anhänger von Ex-Diktator al-Baschir handle.⁶ Am folgenden Tag warf die sudanesisische Militärführung den zivilen Politikern vor, einem Putschversuch Tür und Tor zu öffnen, indem sie das öffentliche Wohl vernachlässigen, während sie sich mit internen Streitigkeiten beschäftigten.⁷

Am 22. September äußerte das ACJPS seine "äußerste Besorgnis" über die körperliche Unversehrtheit und das Wohlergehen von Otaf Abdelwahab El Tom, Journalist und Direktor des El Naba Centre for Press Services, der am 22. September von Polizeikräften in seinem Haus verhaftet und auf die Polizeistation El Mogran in Khartoum gebracht wurde.⁸

Am 23. September berichtet Radio Dabanga, dass zwei jungen sudanesischen Menschenrechtsaktivisten eine Verurteilung wegen "erfundener Anschuldigungen" drohe, weil sie öffentlich Gerechtigkeit für Verbrechen forderten, die mutmaßlich von den paramilitärischen RSF im Land begangen wurden.⁹

Am 30. September fordert die ACJPS umgehend eine Untersuchung der Misshandlung von drei Personen, darunter ein Menschenrechtsverteidiger, durch die Polizei in Khartoum.¹⁰ Reuters berichtet am selben Tag, dass sudanesisische Sicherheitskräfte Tränengas einsetzten, um eine Demonstration von schätzungsweise 20.000 Menschen in der Hauptstadt Khartoum aufzulösen, die für einen zivil geführten Übergang zur Demokratie demonstrierten.¹¹

¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/two-students-shot-dead-11-injured-as-sudanese-troops-disperse-central-darfur-demo>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-public-order-law-still-being-implemented-siha-network>

³ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-releases-legitimate-arms-shipment-from-ethiopia>

⁴ <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2021/09/sudan-der-un-menschenrechtsrat-sollte-seine-unterstuetzung-aber-auch-die-beobachtung-des-sudan-ausweiten/>

⁵ <http://www.acips.org/two-civic-rights-activists-at-risk-of-being-sentenced-to-imprisonment-or-whipping-for-trumped-up-charges/>

⁶ <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-putschversuch-gescheitert-101.html>

⁷ <https://www.aljazeera.com/news/2021/9/22/sudan-military-blames-politicians-over-failed-coup>

⁸ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/concerns-over-detained-sudanese-journalist-who-could-face-death-penalty>

⁹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/young-sudanese-activists-detained-for-criticising-rsf-militia>

¹⁰ <http://www.acips.org/urgent-call-for-investigation-into-the-ill-treatment-of-three-people-including-a-human-rights-defender-by-community-police-in-khartoum/>

¹¹ <https://www.reuters.com/world/africa/thousands-sudan-demonstrate-favour-civilian-rule-2021-09-30/>

Oktober

Am ersten Oktober veröffentlichte Aljazeera eine Reportage über die Frage, ob die zivil-militärische Partnerschaft angesichts der jüngsten Streitigkeiten zwischen den Partnern Bestand haben kann.¹ Am 12. Oktober wird berichtet, dass der Vorsitzende des sudanesischen Souveränitätsrates, Generalleutnant Abdelfattah El Burhan, betont hat, dass es keine Lösung für die derzeitige Situation gibt, außer die Auflösung der Übergangsregierung. Er erklärte, dass die militärische Komponente der Übergangsregierung die Versuche ihrer zivilen Kollegen, die Partnerschaft in ihrer bisherigen Form fortzusetzen, ablehne.²

Am 24.10.2021 berichtet BBC, dass das Militär die zivile Regierung aufgelöst und führende Persönlichkeiten verhaftet hat.³

Militärputsch im Sudan: Zurück in die Repression (25. Oktober 2021)

Nach einem Putsch des Militärs im Sudan verschärft sich die Menschenrechtslage im Land. Amnesty ruft die Militärführung dazu auf, ihre Menschenrechtsverpflichtungen einzuhalten. Die Gewalt gegen friedliche Demonstrierende muss beendet werden.

Nach einem Putsch im Sudan durch das Militär am 25. Oktober müssen alle Personen, die willkürlich festgehalten werden, schnellstmöglich freigelassen werden, fordert Amnesty International. Des Weiteren müssen die Beschränkungen des Internets und der Notstand beendet werden.

“Die willkürlichen Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen stehen im Widerspruch zu Sudans Bestrebungen für eine Zukunft, in der die Menschenrechte aller geachtet werden und stellen einen Verrat an den Hoffnungen und Opfern hunderttausender Sudanese_innen dar. Politische Differenzen müssen unter Berufung auf die Menschenrechte gelöst werden, nicht durch eigenmächtige und missbräuchliche militärische Mittel”, sagte Deprose Muchena, Regionaldirektor für das östliche und südliche Afrika.

Am 25. Oktober 2021 wurde von Militärs unter den Generälen Abdel Fattah al-Burhan und Mohammed Hamdan Dagalo (genannt Hemedti) der Souveränitätsrat aufgelöst und ein Notstand verhängt. Beide Männer waren schon unter dem ehemaligen Präsidenten al-Bashir tätig und sind für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Das staatliche Fernsehen und Radio wurden vom Militär übernommen und das Internet wurde teilweise abgeschaltet. In seiner ersten Ansprache versprach General Burhan Wahlen für Juli 2023. Der Coup löste eine starke Reaktion in der Bevölkerung aus.

Noch am Montag brachen Proteste in Khartum und anderen Städten des Landes aus, nachdem Politiker_innen und andere Akteur_innen dazu aufgerufen hatten. Dabei ging das Militär mit Gewalt gegen Protestierende vor und setzte Tränengas ein. Auch Ärzt_innen in Militärkrankenhäusern und Mitarbeitende der Zentralbank legten ihre Arbeit in Protest nieder. Mindestens drei Menschen sollen am ersten Tag getötet worden sein, 80 weitere verletzt.

“Wir fordern die militärische Führung unter der Leitung von General Abdel Fattah al-Burhan auf, die Menschenrechtsverpflichtungen des Sudan einzuhalten. Dazu gehört der Schutz des Rechts auf Leben und die Gewährleistung, dass die friedlichen Demonstrierenden, die sich als Reaktion auf die heutigen Ereignisse versammelt haben, ungehindert und geschützt demonstrieren können. Wir fordern die Behörden außerdem auf, den uneingeschränkten Zugang zum Internet wiederherzustellen, um die Informations-, Vereinigungs- und friedliche Versammlungsfreiheit zu ermöglichen”, sagte Muchena.

Nachdem der seit 1989 regierende Omar al-Bashir 2019 abgesetzt worden war, regierte eine Übergangsregierung, zusammengesetzt aus zivilen Personen und hochrangigen Militärs. Die Übergangsregierung geriet seit Sommer 2020 immer weiter unter Druck, zehntausende Demonstrierende forderten ein schnelleres Tempo der Reformen. Schon seit Monaten war der sogenannte Souveränitätsrat zerstritten, und viele Beobachter_innen hatten vor einer Eskalation der Lage gewarnt.

Hier der Link zur englischen Pressemeldung: [Sudan: Release prime minister and all those arbitrarily arrested – Amnesty International](#)⁴

Sudan: Unnötige Gewalt gegen Demonstranten stoppen und tödliche Schüsse untersuchen (29.10.2021)

Die sudanesischen Behörden müssen die Sicherheitskräfte davon abhalten, unnötige – auch tödliche – Gewalt gegen Demonstranten anzuwenden, die sich gegen die Machtübernahme durch das Militär wehren, das Militär aus der Strafverfolgung abziehen und das Recht auf friedliche Versammlung respektieren, so Amnesty International, nachdem die Tötung von mindestens sechs Demonstranten am 25. Oktober bestätigt wurde. Weitere Proteste werden am Samstag erwartet.

Sicherheitskräfte töteten am 25. Oktober in der Hauptstadt Khartum mindestens sechs Männer und verwundeten 140 weitere Personen, indem sie mit scharfer Munition in die Menge der Demonstranten schossen.

“Mindestens sechs Männer wurden kaltblütig erschossen und Hunderte zum Teil schwer verletzt, nur weil sie ihr Recht auf friedliche Versammlung wahrnahmen. Dies ist unverzeihlich und darf sich nicht wiederholen”, sagte Deprose Muchena, Regionaldirektor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

“Die sudanesische Militärführung, angeführt von General Abdel Fattah al-Burhan, darf sich nicht täuschen: Die Welt schaut zu und wird weiteres Blutvergießen nicht tolerieren. Sie müssen wirksame und unabhängige Untersuchungen der Tötungen vom Montag anordnen und sicherstellen, dass jeder, der verdächtigt wird, für willkürliche oder missbräuchliche Gewalt verantwortlich zu sein, in fairen Gerichtsverfahren verfolgt wird. Außerdem müssen sie ihre Sicherheitskräfte anweisen, bei künftigen Protesten keine derartige Gewalt mehr anzuwenden.”

Die Proteste brachen in Khartum und einigen Provinzstädten aus, darunter Madani im Zentralsudan und El-Fashir in Darfur, und waren eine Reaktion auf die Ankündigung von General Abdel Fattah Al-Burhan, der die Machtübernahme durch das Militär und den Ausnahmezustand über das ganze Land ausgerufen hatte. Die Ankündigung erfolgte wenige Stunden, nachdem das Militär Premierminister Abdalla Hamdok und mehrere seiner Minister festgenommen hatte, mit denen das Militär kurz nach dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir die Macht geteilt hatte.

Die sudanesische Militärführung unter der Leitung von General Abdel Fattah al-Burhan darf sich nicht täuschen: Die Welt schaut zu und wird weiteres Blutvergießen nicht dulden.

Deprose Muchena

Gamal Abdel Nasir, 23, wurde in der Nähe des Armeehauptquartiers in Khartum mit Schussverletzungen an Augen und Hand getötet. Sein Bruder sagte zu Amnesty International: “Ich konnte seine Leiche nicht einmal ansehen. Sein Gesicht war bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Er hat sein Land sehr geliebt und war mein einziger Bruder.”

Muhammed Al-Sadiq Musa, 27, wurde ebenfalls vor dem Armeehauptquartier erschossen. Ein enges Familienmitglied, das ebenfalls an der Demonstration teilnahm, berichtete Amnesty International, dass er erschossen und tödlich verletzt wurde, als Soldaten das Feuer eröffneten, nachdem eine Gruppe von vier oder fünf Demonstranten Steine in ihre Richtung geworfen hatte.

Sowohl Gamal als auch Mohammed wurden von den Sicherheitskräften getötet, ohne dass in beiden Fällen eine tödliche Gewaltanwendung gerechtfertigt gewesen wäre.

“Das war das letzte Mal, dass ich ihn lebend gesehen habe. Als ich im Krankenhaus ankam, hatten die Ärzte ihn bereits für tot erklärt. Ich wurde gebeten, die Leiche zu identifizieren. Ich sah Schusswunden, eine in der rechten Seite seines Halses und die andere in der Seite seiner rechten Niere.”

“Wir fordern die sudanesische Militärführung auf, dafür zu sorgen, dass ihre Sicherheitskräfte Zurückhaltung üben und das Recht auf friedliche Proteste im Einklang mit den Gesetzen des Landes und den internationalen Menschenrechtsstandards respektieren und wahren”, sagte Deprose Muchena. “Sie müssen außerdem Schritte unternehmen, um alle Maßnahmen und Aktionen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, rückgängig zu machen. Dazu gehört auch die Freilassung aller Personen, die seit der Machtübernahme durch das Militär willkürlich inhaftiert wurden, und die Wiederherstellung des vollständigen Zugangs zum Internet, das seit Tagen teilweise abgeschaltet ist.

Hier geht es zum original englischen Text: [Sudan: Halt unnecessary force against protesters and investigate deadly shootings – Amnesty International](#)⁵

¹ <https://www.aljazeera.com/program/inside-story/2021/10/1/will-civilian-military-partnership-in-sudan-fall-apart>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/el-burhan-current-sudan-govt-must-be-dissolved>

³ <https://www.bbc.com/news/world-africa-59033142>

⁴ <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2021/10/militaerputsch-im-sudan-zurueck-in-die-repression/>

⁵ <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2021/11/sudan-unnoetige-gewalt-gegen-demonstranten-stoppen-und-toedliche-schuesse-untersuchen/>

November

Am 2. November 2021 berichtet Radio Dabanga, dass die breite öffentliche Reaktion auf eine Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen den Militärputsch vom 25. Oktober in der Hauptstadt Khartum sowie in anderen Städten im Sudan und im Ausland anhält. Die Kampagne wirkte sich auf alle Lebensbereiche aus, und es gab immer wieder Berichte über Tote und Verletzte durch scharfe Munition, der Armee und paramilitärischer Kräfte. Die Kräfte für Freiheit und Wandel [Forces for Freedom and Change (FFC)] haben kategorisch erklärt, dass es "keinen Dialog oder Verhandlungen mit den Putschisten geben wird".¹

Am 3. November 2021 wird berichtet, dass Dutzende von Menschen, darunter Anwälte, Politiker, Regierungsbeamte und Fachleute, willkürlich verhaftet und einige angeblich gefoltert wurden. Seit der Machtübernahme durch das Militär am 25. Oktober führten Armee und Milizen im ganzen Sudan eine Kampagne gegen kritische Stimmen.²

Der Vorsitzende der Sudanesischen Befreiungsbewegung (SLM-AW), Abdelwahid El Nur, rief am 4. November zu einer "umfassenden Volksrevolution zum Sturz des Putsches und zur Wiedereinsetzung von Premierminister Abdullah Hamdok" auf und forderte die Widerstandskomitees auf, "keinen Kompromiss zu akzeptieren".³

Am 07.11.2021 bekräftigt der sudanesischer Putschistenführer General Abdel Fattah al-Burhan, dass er die Macht an eine zivile Führung übergeben wolle.⁴

Der berühmte Befehlshaber der sudanesischen schnellen Eingreiftruppen (RSF), General Mohamed Hamdan Dagalo, trat am 08. November "aus dem Schatten" und hielt eine Rede, in der er seine Unterstützung für den von General Abdel Fattah al-Burhan angeführten Militärputsch bekräftigte, so Middle East Eye.⁵

Sudan: Repression nach Militärputsch stoppen! (09.11.2021)

Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch fordern die sudanesischen Sicherheitsbehörden dazu auf, die im Zuge des Militärputschs vom 25. Oktober 2021 willkürlich Inhaftierten unverzüglich freizulassen. Außerdem müssen sowohl weitere willkürliche Festnahmen als auch der Einsatz von unnötiger, darunter auch tödlicher, Gewalt gegen diejenigen sofort beendet werden, die friedlich gegen die Machtübernahme des Militärs protestieren.

In den frühen Morgenstunden des 25. Oktober 2021 nahmen Sicherheitskräfte in der sudanesischen Hauptstadt Khartum mindestens 30 hochrangige zivile Regierungsangehörige fest, darunter sechs Kabinettsmitglieder. Unter ihnen befand sich auch Premierminister Abdalla Hamdok, der zwei Tage später unter Hausarrest gestellt wurde. Solange er unter [Hausarrest](#) steht, kann er nur mit einer Genehmigung des Militärs besucht werden. Der höchste Militärvertreter im Land, Generalleutnant Abdel Fattah al-Burhan, verkündete am Mittag des 25. Oktobers die Auflösung des Kabinetts sowie des Souveränen Rats. Im ganzen

Land werde der Ausnahmezustand verhängt, sagte er in den Medien. Der Souveräne Rat war die Übergangsregierung, die aus sechs zivilen und fünf militärischen Mitgliedern bestand. Abdel Fattah al-Burhan war dessen Vorsitzender.

“In den letzten zwei Wochen hat das Militär auf seine altbekannten und brutalen Taktiken zurückgegriffen und damit kleine, aber wichtige Fortschritte im Bereich der Rechte und Freiheiten rückgängig gemacht, für die Sudanese_innen aus allen Gesellschaftsschichten gekämpft hatten”, so Mohamed Osman, Sudan-Experte bei Human Rights Watch. “Das Militär muss alle in den letzten zwei Wochen willkürlich Inhaftierten sofort freilassen und rechtswidrige Inhaftierungen sowie die Praxis des Verschwindenlassens unverzüglich beenden.”

Die sudanesische Bevölkerung hat das Recht auf friedlichen Protest, auf Freiheit und Sicherheit, auf ein faires Gerichtsverfahren und auf vieles mehr, was das Militär nicht untergraben darf, so Sarah Jackson, stellvertretende Regionaldirektorin für Ostafrika bei Amnesty International

Neben willkürlichen Festnahmen griffen die sudanesischen Sicherheitskräfte zu weiteren repressiven Maßnahmen, um friedliche Proteste gegen die Machtübernahme durch das Militär zu unterdrücken. Amnesty International und Human Rights Watch haben den ungerechtfertigten [Einsatz tödlicher Gewalt](#) durch Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung der zahlreichen Proteste in Khartum [dokumentiert](#). Mindestens [14 Menschen](#) wurden seit dem 25. Oktober durch scharfe Munition in Khartum getötet, berichtete das Zentralkomitee der sudanesischen Ärzt_innen (Central Committee of Sudanese Doctors – CCSD).

Das *African Centre for Justice and Peace Studies* (ACJPS), eine sudanesische Menschenrechtsgruppe, [berichtete](#), dass die Sicherheitsbehörden zwischen dem 25. und 27. Oktober mehr als 30 Personen festgenommen haben, darunter Minister_innen, Berater_innen des Premierministers und Journalist_innen. Gespräche mit Familienmitgliedern sowie andere Recherchen von Amnesty International und Human Rights Watch bestätigen, dass mindestens acht der 30 Inhaftierten, die im ACJPS-Bericht erwähnt werden, an unbekanntem Orten festgehalten werden, ohne Zugang zu Familienangehörigen oder Rechtsbeiständen und unter Umständen, die dem Verschwindenlassen gleichkommen könnten. Generalleutnant Abdel Fattah al-Burhan [sagte](#) am 26. Oktober, dass einige Gefangene strafrechtlich belangt werden würden, genauere Informationen stehen jedoch aus.

Seit dem 25. Oktober sind das [Internet und das Mobilfunknetz](#) gestört, wodurch der Zugang der Bevölkerung zu aktuellen und genauen Informationen eingeschränkt ist. Politische Meinungsäußerungen sind somit nur schwer möglich, und auch die Berichterstattung über Rechtsverletzungen – einschließlich der erfolgten Festnahmen und Inhaftierungen – ist, insbesondere außerhalb von Khartum, massiv beeinträchtigt.

Zu den willkürlich Festgenommenen gehört auch der Minister für Kabinettsangelegenheiten, Khalid Omar Youssef, der nach Angaben von Familienmitgliedern am 25. Oktober im Morgengrauen vor ihren Augen von einer Gruppe von Sicherheitskräften in seinem Haus festgenommen wurde.

Ein Familienmitglied berichtete nach einem Gespräch mit den Angehörigen, die bei der Razzia anwesend waren, folgendes: “Eine Gruppe bewaffneter Sicherheitskräfte in Zivil näherte sich um 03.30 Uhr seinem Haus und begann, in die Luft zu schießen, bevor sie gewaltsam eindrang und seine jungen Töchter in Angst

und Schrecken versetzte... Khalid wurde misshandelt und barfuß und in seinem Schlafanzug aus dem Haus gezerrt. Sie haben ihm nicht einmal erlaubt, sich umzuziehen oder Kleidung mitzunehmen.”

Khalid Omar Youssefs Verwandten sagten, sie hätten keine Informationen über seinen Verbleib und befürchteten, dass die Behörden konstruierte Anklagen gegen ihn erheben würden.

Mohamed al-Faki Suleiman, ein ziviles Mitglied und Sprecher des Souveränen Rates, war einer der ersten, die festgenommen wurden. Er war auch stellvertretender Vorsitzender des Committee for Dismantling the Former Regime, eines Regierungsgremiums zur Aufklärung und Verfolgung von Veruntreuung und Korruption durch die gestürzte Vorgängerregierung unter Langzeitpräsident Omar al-Baschir. Das Gremium wurde unmittelbar nach der aktuellen Machtübernahme durch das Militär aufgelöst. In den Wochen zuvor hatte Mohamed al-Faki die Militärs öffentlich kritisiert und ihnen vorgeworfen, wichtige Reformen zu verzögern und politische [Spannungen](#) anzuheizen.

Hier geht es zum Original Englischen Bericht: [Sudan: Immediately Free Detainees; Halt Arrests – Amnesty International](#)

Am 18.11.2021 wird berichtet, dass sudanesische Sicherheitskräfte am blutigsten Tag seit der Machtübernahme durch das Militär am 25. Oktober mindestens 15 Putschisten erschossen und Dutzende weitere verwundet haben.⁷

Am 21.11.2021 wird berichtet, dass das sudanesische Militär ein Abkommen zur Wiedereinsetzung des entmachteten Premierministers Hamdok unterzeichnet hat. Premierminister Abdalla Hamdok soll nur wenige Wochen nach seiner Absetzung durch das sudanesische Militär an die Macht zurückkehren.⁸

Am 23.11.2021 wird berichtet, dass elf Minister der FFC, die an der Übergangsregierung beteiligt waren, bevor die Militärjunta am 25. Oktober durch einen Staatsstreich die Macht übernahm, ihren schriftlichen Rücktritt bei Premierminister Abdallah Hamdok eingereicht haben. Sie lehnen das in Khartum unterzeichnete Abkommen mit dem Juntachef General Abdelfattah El Burhan ab und erklären, dass das Abkommen "das Militärputschregime legitimiert und aufrechterhält".⁹

Sudan: Amnesty fordert Untersuchungen zu Tötungen von Menschen nach militärischem Vorgehen gegen Demonstranten (24.11.2021)

Die sudanesischen Sicherheitskräfte haben in den vergangenen zwei Wochen verstärkt tödliche Gewalt eingesetzt, um die Proteste gegen die Machtübernahme durch das Militär im vergangenen Monat zu unterdrücken. Dabei wurden Dutzende Menschen rechtswidrig getötet und mindestens 50 Personen mit Schussverletzungen zurückgelassen, so Amnesty International heute.

Nach Angaben des Sudanesischen Ärztekomitees, einer Organisation, die die Situation beobachtet, wurden seit dem 25. Oktober, als Armeechef Generalleutnant Abdel Fattah al-Burhan den landesweiten Ausnahmezustand verhängte, das Kabinett auflöste und Dutzende zivile Politiker verhaftete, mindestens 40 Menschen bei Demonstrationen in der Hauptstadt Khartum getötet, die meisten durch scharfe Munition.

“Die Eskalation des Einsatzes tödlicher Gewalt durch die Sicherheitsbehörden im Sudan in den letzten zwei Wochen war darauf ausgerichtet, die Proteste gegen die Machtübernahme durch das Militär im letzten

Monat einzuschüchtern und zu unterdrücken“, sagte Deprese Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

“Die Tötung Dutzender unbewaffneter Demonstranten erfordert eine sofortige, unabhängige und unparteiische Untersuchung, um die Verantwortlichkeit für die Tötungen und andere schwere Menschenrechtsverletzungen sicherzustellen, die angeblich von den Sicherheitskräften begangen wurden. Die Behörden müssen die tödlichen Schüsse auf unbewaffnete Demonstranten untersuchen, eine internationale Überwachung der Ermittlungen zulassen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.”

Tötungen durch Sicherheitskräfte

Die Sicherheitskräfte gingen am 13. und 17. November verstärkt mit tödlicher Gewalt gegen organisierte Proteste in der Hauptstadt Khartum vor und töteten nach Angaben des Sudanesischen Ärztekomitees mindestens 23 Menschen.

Nachforschungen und Befragungen von Amnesty International bestätigten, dass mindestens neun der am 13. und 17. November getöteten Demonstranten an Schussverletzungen gestorben waren, darunter eine Person durch Scharfschützenfeuer. Die Organisation bestätigte auch, dass mindestens fünfzig Menschen während der Proteste Schusswunden erlitten.

Seit der Machtübernahme des Militärs im Sudan im vergangenen Monat haben die Sicherheitskräfte zunehmend scharfe Munition und Tränengas eingesetzt, um weit verbreitete Proteste zu zerstreuen. Eine am 21. November unterzeichnete Vereinbarung führte zur Wiedereinsetzung des zivilen Premierministers Abdalla Hamdok, der nach seiner Wiederernennung erklärte, die Behörden würden “eine unabhängige und transparente Untersuchung aller Verstöße” durchführen, die seit dem 25. Oktober begangen wurden.

“Angesichts der schwachen Bilanz der sudanesischen Behörden bei der Untersuchung ähnlicher Verstöße in der Vergangenheit muss jede Ermittlung zu diesen Verstößen von internationalen Beobachtern überwacht und unterstützt werden, um sicherzustellen, dass sie zu glaubwürdigen Ergebnissen führt“, sagte Deprese Muchena. “Die Tatsache, dass ein politisches Abkommen unterzeichnet wurde, darf nicht dazu führen, dass die Urheber dieser Verstöße ungestraft bleiben.

Eskalation der tödlichen Gewalt gegen Demonstranten

Nachforschungen von Amnesty International bestätigten, dass neun der getöteten Demonstranten am 13. und 17. November durch Schüsse in Kopf, Hals und Brust starben, einer davon durch Kugeln eines Scharfschützen, sowie mindestens 50 Fälle von Verletzungen durch Schusswunden. Mindestens eine Person wurde von einem Heckenschützen erschossen. Die Anwendung tödlicher Gewalt war nicht gerechtfertigt, da alle Betroffenen unbewaffnet waren. Die Organisation stellte außerdem fest, dass Sicherheitsbeamte Krankenhäuser überfielen.

Am 13. November wurden vier Demonstranten getötet, von denen nach Angaben des sudanesischen Ärztekomitees drei an Schussverletzungen und einer an den Folgen des Erstickens durch Tränengas starben. Amnesty International bestätigte, dass mindestens einer dieser Demonstranten durch Scharfschützenfeuer getötet wurde.

Der 18-jährige Gymnasiast Elshaikh Youssef war mit seinen Freunden auf der 40. Straße in Omdurman, der Zwillingsstadt von Khartum, unterwegs, als er seinen Freunden erzählte, dass er einen Heckenschützen auf einem der Dächer gesehen habe. Als Elshaikh nach oben zeigte, wurde er von einer Kugel getroffen, die aus der gleichen Richtung kam, wie ein Familienmitglied und seine Freunde Amnesty International berichteten. Als seine Freunde ihn ins Krankenhaus brachten, war Elshaikh bereits tot. Eine Autopsie bestätigte, dass er an einer Schusswunde in der Schulter gestorben war, die seine Brust und sein Herz durchschlagen hatte. Ein naher Verwandter von Elshaikh sagte gegenüber Amnesty International: "Ich bin am Boden zerstört. Ich bin kurz davor, meinen Glauben an Gott zu verlieren. Wie konnte so etwas nur passieren?"

Dies bestätigt mehrere Berichte sudanesischer Aktivisten über Scharfschützen, die von Dächern aus auf Demonstranten schossen und dabei auf deren Köpfe und Brüste zielten.

"Diese Morde zeigen, dass es einen bewussten und gezielten Plan der Behörden gibt, die Proteste um jeden Preis zu unterdrücken".

"Wir brauchen eine unabhängige und unparteiische Untersuchung, um sicherzustellen, dass die Täter in fairen Gerichtsverfahren zur Rechenschaft gezogen werden."

Die Sicherheitskräfte gingen am 17. November noch weiter und töteten nach Angaben des Sudanesischen Ärztekomitees mindestens 15 Demonstranten. Zwischen 13.45 und 17.15 Uhr wurden am 17. November im Internationalen Krankenhaus in Khartum-Nord acht Personen mit Schussverletzungen eingeliefert: drei mit Schüssen in der Brust, drei mit Schüssen im Kopf und zwei mit Schüssen im Hals. Alle von ihnen starben später, wie ein diensthabender Krankenhausmitarbeiter Amnesty International mitteilte.

Andere Demonstranten verbluteten, bevor sie das Krankenhaus erreichten. Eine weibliche Demonstrantin, die 25-jährige Sit al-Nafar Bakar, wurde getötet, als sie gegen 16.00 Uhr auf der Flucht vor der Polizei in Khartoum Nord ins Gesicht geschossen wurde. Ein enges Familienmitglied sagte gegenüber Amnesty, das Opfer sei eine Krankenpflegeschülerin, eine engagierte Aktivistin und "ein sehr bescheidenes und mutiges Mädchen, das immer an vorderster Front der Proteste stand". Diejenigen, die sie kannten, sagten Amnesty International, dass sie immer gesagt habe, dass sie für einen zivilen Staat protestiere und dass, wenn sie sterben würde, "man Gerechtigkeit für sie einfordern müsse".

Ein weiterer Demonstrant, der am selben Tag durch scharfe Munition getötet wurde, war Muzamil al-Jinaid, ein 32-jähriger Geschäftsmann. Er wurde gegen 16:30 Uhr in Khartum Nord erschossen. "Niemand hat den Vorfall beobachtet. Wir erhielten gerade einen Anruf, dass wir ins Krankenhaus kommen sollten, um eine Leiche zu identifizieren. Als wir dort ankamen, fanden wir seine Leiche mit Schusswunden vor", sagte ein enges Familienmitglied gegenüber Amnesty International.

Die Gewalt folgt einem seit langem bestehenden Muster, bei dem Sicherheitskräfte exzessive und tödliche Gewalt anwenden und auch mit scharfer Munition auf Demonstranten schießen, um Proteste im Sudan aufzulösen. Seit der Machtübernahme durch das Militär hat sich dieses Muster bei der Bekämpfung von Protesten unbewaffneter Zivilisten jedoch erheblich verschärft.

"Die Zunahme der Tötungen in der vergangenen Woche bestätigt, dass die sudanesischen Sicherheitsbehörden das Recht auf Leben und friedlichen Protest ignorieren und die Rechtsnormen für die Anwendung von Gewalt missachten", sagte Deprise Muchena.

Willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen

In der Zwischenzeit haben die Militärbehörden weiterhin zivile Politiker und Aktivisten verhaftet, zusätzlich zu den Dutzenden, die seit dem 25. Oktober im ganzen Land willkürlich inhaftiert wurden. Seit der Unterzeichnung des politischen Abkommens am 21. November wurde jedoch eine Handvoll Inhaftierter freigelassen.

Nour Al-Din Salah, ein führendes Mitglied der Sudanesischen Kongresspartei, wurde am 16. November um Mitternacht festgenommen, als eine Gruppe bewaffneter Sicherheitsbeamter in sein Haus in Khartum eindrang. Seine Familienangehörigen berichteten Amnesty International, dass sie ihm die Augen verbanden und ihn mitnahmen. Die Verhaftung erfolgte nur wenige Stunden nach einem von Al-Jazeera Arabic ausgestrahlten Interview, in dem Salah die Machtübernahme durch das Militär kritisierte. Seine Schwester erklärte gegenüber Amnesty International, dass sie Informationen über seinen Aufenthaltsort und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe verlangt.

Amnesty International und Human Rights Watch bestätigten am 9. November in einer gemeinsamen Erklärung, dass mindestens acht Gefangene an unbekanntem Orten festgehalten werden, ohne Kontakt zur Familie oder zu einem Rechtsanwalt. Unter Umständen könnte es sich bei dieser Tat um einen Fall von gewaltsamen Verschwindenlassen handeln. Einer der Inhaftierten wurde jedoch Berichten zufolge freigelassen.

Seit dem 25. Oktober haben die Behörden auch das Internet und die Telekommunikation unterbrochen, um die Möglichkeiten der Menschen einzuschränken, Proteste zu planen und zu dokumentieren. Das Internet war mehr als drei Wochen lang unterbrochen, während die Telefonleitungen am 17. November stundenlang gekappt wurden. Die Dienste wurden am 18. November wiederhergestellt.

“Die sudanesischen Sicherheitskräfte agieren eindeutig mit dem Gefühl völliger Straffreiheit”, sagte Deprose Muchena.

“Wenn sie ihren derzeitigen Kurs fortsetzen, werden wir noch mehr Menschen verlieren. Die Behörden müssen zur Rechenschaft gezogen werden, auch die Personen, die die größte Verantwortung für diese schweren Übergriffe tragen.”

Hier geht es zur original englischen Fassung: [Sudan: Investigate the killings of people after military crackdown against protesters – Amnesty International](#)¹⁰

¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/civil-disobedience-across-sudan-ffc-will-not-negotiate-with-coup>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/detentions-continue-in-wake-of-sudan-coup>

³ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-rebel-leader-abdelwahid-el-nur-calls-for-comprehensive-popular-revolution-to-overthrow-coup>

⁴ <https://www.aljazeera.com/news/2021/11/7/sudan-burhan-says-he-will-not-be-part-of-govt-after-transition>

⁵ <https://www.middleeasteye.net/news/sudan-coup-hemeti-support-burhan>

⁶ <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2021/11/sudan-repression-nach-militaerputsch-stoppen/>

⁷ <https://www.africanews.com/2021/11/18/15-shot-dead-in-crackdown-on-sudan-anti-coup-protests/>

⁸ <https://www.dw.com/en/sudans-military-sign-deal-to-reinstate-ousted-pm-hamdok/a-59893132>

⁹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/11-sudan-ministers-resign-as-hamdok-agreement-legitimises-military-coup-regime>

¹⁰ <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2021/11/sudan-amnesty-fordert-untersuchungen-zu-toetungen-von-menschen-nach-militaerischem-vorgehen-gegen-demonstranten/>

Dezember

Am 09. Dezember berichtet ACJPS, dass es zuverlässige Informationen erhalten hat, wonach die sudanesischen Behörden 140 politische Gefangene freigelassen haben, die aus politischen Gründen oder wegen ihrer tatsächlichen oder vermuteten Beteiligung an den Anti-Putsch-Protesten im Sudan verhaftet wurden. Der ACJPS begrüßt diese Freilassung, ist jedoch weiterhin besorgt über das Wohlergehen von Hunderten von Gefangenen, die noch immer ohne Anklage oder Zugang zu einem Gericht inhaftiert sind.¹

Am 10. Dezember wird berichtet, dass bei den jüngsten Gewaltausbrüchen in West-Darfur inzwischen mindestens 138 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Führer der arabischen Stämme und des Stammes der Misseriya unterzeichneten einen Tag zuvor eine Nichtangriffsvereinbarung bezüglich des Konflikts in Jebel Moon, der mindestens 42 Menschen das Leben gekostet hat. In anderen Gebieten gingen die Angriffe weiter.²

Am 14. Dezember berichtet die DW exklusiv über Filmaufnahmen, die zeigen, dass die sudanesischen Rapid Support Forces Flugabwehrwaffen gegen unbewaffnete Demonstranten eingesetzt haben. Anwälte haben erklärt, dass es Gründe geben könnte, die Militärbehörden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen.³

Am selben Tag berichtet Radio Dabanga, dass Zehntausende Sudanesen erneut auf die Straße gingen, um an den "Märschen der Millionen" in Khartum und anderen Städten des Landes teilzunehmen, den Staatsstreich vom 25. Oktober zu verurteilen und eine zivile Regierung zu fordern.⁴

Am 15.12.2021 wird berichtet, dass eine Delegation des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag in Khartum eingetroffen ist, um über die Auslieferung des gestürzten Präsidenten Omar Al Bashir, des ehemaligen Verteidigungsministers Abdelrahim Hussein und des ehemaligen Staatsministers für humanitäre Angelegenheiten Ahmed Haroun zu beraten.⁵

Am 16.12.2021 berichtet ACJPS, dass die Muster der Menschenrechtsverbrechen, die in den letzten zwei Monaten seit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 begangen wurden, dem sudanesischen Volk nur allzu vertraut sind. Dasselbe Verhalten, mit dem während des al-Bashir-Regimes die Zivilbevölkerung im ganzen Land terrorisiert wurde, wird nun angewandt, um einstimmige Forderungen nach Demokratie auszulöschen.⁶

Am 19.12.2021 berichtet DW, dass Tausende von Anti-Putsch-Demonstranten in Khartum mit Tränengas und Betäubungsgranaten bekämpft wurden.⁷

Am 21.12.2021 berichtet Radio Dabanga, dass Widerstandskomitees, Ärzte, Anwälte und Aktivisten die übermäßig gewaltsame Reaktion der sudanesischen Streitkräfte und der mit ihnen verbundenen Paramilitärs auf den „Marsch der Millionen“ am Sonntag, den 19. Dezember, in der Hauptstadt Khartum verurteilt haben. Mindestens ein Mensch starb, mehr als 300 wurden verwundet, und es wurden Fälle von Vergewaltigung und sexueller Gewalt gemeldet, die angeblich von Paramilitärs begangen wurden.⁸ Die Anzahl der Personen im genannten „Marsch der Millionen“ wird von Aljazeera mit „Hunderttausende Menschen“ beschrieben.⁹

Aljazeera zufolge hat das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen 13 Anschuldigungen wegen Vergewaltigung und Gruppenvergewaltigung durch Sicherheitskräfte während der Proteste im Sudan erhalten, während Mediziner der Opposition von einer zweiten getöteten Person berichten.⁹

¹ <http://www.acips.org/sudan-coup-update-140-political-detainees-released-amidst-violent-crackdown-on-anti-coup-protests/>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/at-least-138-have-died-on-ongoing-west-darfur-conflicts-while-jebel-moon-leaders-sign-non-aggression-pledge>

³ <https://www.dw.com/en/dw-exclusive-sudans-military-used-heavy-weapons-against-anti-coup-protesters/a-60115953>

⁴ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/tens-of-thousands-of-sudanese-again-demonstrate-against-military-rule>

⁵ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/icc-delegation-in-sudan-to-discuss-extradition-of-al-bashir>

⁶ <https://www.acips.org/sudan-tactics-of-bloodshed-and-violence-against-peaceful-protesters-is-not-new/>

⁷ <https://www.dw.com/en/sudan-protests-mark-3-years-since-popular-uprising/a-60186556>

⁸ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/one-dead-two-raped-300-injured-in-sudan-protest-marches>

SÜDSUDAN

Vorlage von AMNESTY INTERNATIONAL für die 40. SITZUNG der UPR-ARBEITSGRUPPE der UN (JANUAR - FEBRUAR 2022)

Feststellung und Bericht zur Lage im Südsudan:

EMPFEHLUNGEN, DIE IM SÜDSUDAN UMGESETZT WURDEN

Bei der letzten Überprüfung hat der Südsudan 203 Empfehlungen unterstützt und 30 zur Kenntnis genommen. Zu den angenommenen und umgesetzten Empfehlungen gehört die Ratifizierung der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR), die Ratifizierung der beiden Fakultativprotokolle zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC) und die Zusammenarbeit mit der UN-Menschenrechtskommission für den Südsudan (CHRSS). Der Südsudan ratifizierte auch die Konvention zur Regelung spezifischer Aspekte von Flüchtlingsproblemen in Afrika. Es wurden einige Schritte zur Beendigung und Verhinderung aller schwerwiegenden Verstöße gegen Kinder in bewaffneten Konflikten durch die Unterzeichnung des Aktionsplans mit dem UN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten (CAAC) unterzeichnet. Die Armee und die Polizei unterzeichneten einen Aktionsplan zur Verhinderung und Beseitigung sexueller Gewalt. Eine gewisse Verbesserung wurde durch die Einrichtung einer Stelle für geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) und eines Jugendgerichts erreicht.

EMPFEHLUNGEN, DIE NICHT UMGESETZT WURDEN

Zu den angenommenen Empfehlungen, die nicht umgesetzt wurden, gehören diejenigen, die sich auf die Reform der organisierten Kräfte und Strafverfolgungsbehörden und der Strafjustiz sowie die Einrichtung von Mechanismen der Übergangsgerechtigkeit, welche verankert sind in Kapitel V des Abkommens zur Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan von 2015 (ARCSS) und in den 2018 wiederbelebten ARCSS (R-ARCSS) Übergangsgerechtigkeitsmechanismen, sowie ausreichende Maßnahmen zur Rechenschaftslegung für Verbrechen, die während des im Dezember 2013 ausgebrochenen Konflikts begangen wurden.

Keiner der drei in Kapitel V genannten Übergangsgerechtigkeitsmechanismen wurde eingerichtet. Im Gegenteil: Am 2. April 2019, hat die Regierung einen Vertrag mit einer US-amerikanischen Lobbyfirma unterzeichnet, um u. a. "die Einrichtung des hybriden Gerichts zu verzögern und letztlich zu blockieren". Nach der öffentlichen Empörung änderten die Parteien den Vertrag am 7. Mai 2019 und strichen die Klausel, die die Einrichtung des HCSS verhindern sollte. Nach jahrelanger Verzögerung hat der Ministerrat im Januar 2021 einen Plan

vorgelegt zur Einrichtung des Hybridgerichtshofs für den Südsudan (HCSS), der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Heilung (CTRH) und der Behörde für Entschädigung und Wiedergutmachung (CRA). Dies war ein Schritt in die richtige Richtung, aber bis Juli 2021 waren keine nennenswerten nachweisbaren Fortschritte zu verzeichnen, abgesehen von der Einrichtung einer Taskforce - der Wiedereinsetzung eines technischen Ausschusses, der zusätzliche Konsultationen durchführen soll, um die Ermächtigungsgesetze für das CTRH zu formulieren und den Konsultationsprozess einzuleiten.

Der Regierung mangelt es an politischem Willen, die Verantwortlichen für schwere Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Zum Beispiel verstößt der Südsudan gegen seine internationale Verpflichtung, Verdächtige internationaler Verbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Entgegen seiner Verantwortung laut R-ARCSS, gewährt die Regierung immer wieder Blankoamnestien und integriert nichtstaatliche Akteure, die in Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verwickelt sind, in die Streitkräfte und die Regierung des Landes ein. Personen, die vom UN-Sicherheitsrat sanktioniert wurden oder anderweitig in schwere Verbrechen verwickelt waren, wurden befördert und mit hohen Posten in Armee und Regierung betraut, zuletzt im April 2021. Zivil- und Militärgerichte sind nicht unabhängig und den Militärgerichten fehlt die Zuständigkeit für die Verfolgung von Soldaten wegen Verbrechen gegen Zivilisten. Bei der Überprüfung 2016 erklärte der Justizminister, dass Verbrechen nach internationalem Recht in das Strafgesetzbuch aufgenommen würden. Dennoch sind mehr als 4,5 Jahre später und trotz der von UNMISS für südsudanesischen Parlamentarier organisierten Lernbesuche in Uganda völkerrechtliche Verbrechen noch immer nicht in das Strafgesetzbuch aufgenommen worden.

MENSCHENRECHTSSITUATION VOR ORT

Der Südsudan rangiert in den globalen Entwicklungsstatistiken stets auf den hinteren Plätzen:

RECHT AUF LEBEN

Seit der letzten Überprüfung des Südsudan im November 2016 töten alle Konfliktparteien weiterhin vorsätzlich Zivilisten, darunter Männer, Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Obwohl die groß angelegten, landesweiten Kämpfe seit der Unterzeichnung des R-ARCSS 2018 zurückgegangen sind, stoßen Regierung und ehemalige Oppositionskräfte weiterhin mit nichtstaatlichen bewaffneten Akteuren in der Region zusammen, wobei Zivilisten getötet und andere Verbrechen nach dem Völkerrecht begangen werden und damit gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte verstoßen wird.

VEREINIGUNGSFREIHEIT UND FRIEDLICHE VERSAMMLUNG

Die Sicherheitskräfte haben auch gegen das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit verstoßen. Zuletzt wurden mindestens 14 Demonstranten verhaftet und fünf Monate lang illegal im Zentralgefängnis von Juba festgehalten, bis sie freigelassen wurden, aber im November 2020 wegen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und öffentlichen Ärgernisses angeklagt wurden.

Trotz des repressiven Umfelds haben Menschenrechtsverteidiger gelegentlich demonstriert, ohne dass die Behörden ihr Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung verletzen.

MEINUNGSFREIHEIT UND FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG

Das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, einschließlich der Freiheit der Medien, ist im Südsudan weiterhin eingeschränkt. Nationale Akteure, die über Menschenrechtsverletzungen berichten oder mit internationalen Menschenrechtsakteuren zusammenarbeiten, werden als Verräter, die Staatsgeheimnisse ausplaudern, gebrandmarkt. Im Jahr 2018 bezeichnete die CHRSS den Südsudan als "einen der gefährlichsten Orte der Welt für Journalisten, da viele von ihnen getötet, körperlich angegriffen und beschuldigt wurden, eine "westliche Agenda" zu propagieren, und kam zu dem Schluss, dass dies eine abschreckende Wirkung auf die Presse hat.

WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG UND LÄNGERE INHAFTIERUNG

Seit der letzten Überprüfung nehmen der NSS und der militärische Nachrichtendienst weiterhin willkürlich tatsächliche und vermeintliche Regierungsgegner und andere Kritiker, einschließlich Journalisten und Mitglieder der Zivilgesellschaft, willkürlich fest und halten sie ohne Anklage oder Aussicht auf ein Gerichtsverfahren willkürlich inhaftiert. Den Inhaftierten wird routinemäßig das Recht verweigert, ihre Inhaftierung von einem Gericht überprüfen zu lassen. Im September 2018 stellte Amnesty International fest, dass aufgrund schlechter Haftbedingungen sowie des unzureichenden Zugangs zu medizinischer Versorgung, der Gesundheitszustand der Inhaftierten sich meist stark verschlechtert, was in einigen Fällen zu Todesfällen in der Haft führte.

FREIHEIT VON FOLTER UND ANDEREN MISSHANDLUNGEN

Häftlinge, die vom NSS illegal in mehreren Einrichtungen festgehalten werden, werden routinemäßig schwer geschlagen, vor allem während der Verhöre, oder als Bestrafung. Opfer und andere Zeugen berichteten Amnesty International im Jahr 2018, dass sie mit Stöcken, Baumstämmen, Gürteln und Peitschen geschlagen wurden. Amnesty International erhielt auch Behauptungen über die Anwendung von Stromschlägen als Folter sowohl durch den NSS als auch durch den Military Intelligence.

DEZEMBER

Bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen im Bundesstaat Western Equatoria wurden zwischen Juni und Oktober dieses Jahres Dutzende von Zivilisten getötet und Zehntausende vertrieben, so Amnesty International heute nach einer persönlichen Untersuchung und der Befragung von Dutzenden von Überlebenden.

Die Zusammenstöße, die zwischen konkurrierenden lokalen Gruppen, die mit den Streitkräften der Südsudanesischen Volksverteidigungskräfte (SSPDF) auf der einen Seite und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee – Opposition (SPLA-IO) auf der anderen Seite verbunden sind, ausgebrochen sind, haben sich auf den Bezirk Tambura konzentriert.

In der ersten detaillierten Menschenrechtsanalyse des Konflikts dokumentierte Amnesty International mögliche Kriegsverbrechen und andere Verstöße, die von allen Parteien gegen Angehörige der Azande- und Balanda-Gemeinschaften begangen wurden, die zuvor über Generationen hinweg in Harmonie gelebt und untereinander geheiratet hatten.

“Eine Spur von Tod, Zerstörung und Spaltung folgte, nachdem Politiker ethnischen Hass schürten und die Jugend zum Kampf mobilisierten. Die Zeugenaussagen, die wir gesammelt haben, sprechen von unvorstellbarer Gewalt, einschließlich Zivilisten, die auf der Flucht getötet und deren Körper in Brand gesteckt und verstümmelt wurden”, sagte Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2021/12/suedsudan-ueberlebende-berichten-von-toetungen-massenvertreibungen-und-terror-waehrend-kaempfen-in-western-equatoria/>

NOVEMBER

Ein weiterer Bericht von Amnesty International ruft die südsudanesischen Behörden dazu auf, die Einfrierung der Bankkonten von Aktivisten zu stoppen:

Südsudan: Bankkonten von zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivisten freigeben

Die Bank of South Sudan muss die Konten von drei zivilgesellschaftlichen Organisationen, einer Denkfabrik, vier zivilgesellschaftlichen Aktivisten und einem politischen Aktivisten unverzüglich freigeben. Die 46 Organisationen, die diese Erklärung unterzeichnet haben, sind der Ansicht, dass das Einfrieren dieser Bankkonten ein Versuch der südsudanesischen Behörden ist, den Aufruf zu friedlichen Protesten gegen die

Regierung zu unterdrücken und die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung in unzulässiger Weise einzuschränken, unter anderem indem sie gezwungen werden, die Aktivitäten tatsächlicher oder vermeintlicher Mitglieder einer neu gegründeten Bürgerinitiative namens People's Coalition for Civic Action (PCCA) zu unterbinden.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/5017/2021/en/>

OKTOBER

Im 06. Oktober 2021 gab Amnesty International im Rahmen des verstärkten interaktiven Dialogs des UN-Hochkommissars für Menschenrechte im Südsudan eine öffentliche mündliche Erklärung vor dem UNO Menschenrechtsrat ab:

Nur ein ganzheitlicher Prozess, der die Vielfalt der Opfer und ihren Bedürfnissen und Wünschen gerecht wird, der die Nichtwiederholung von Verletzungen der internationalen Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts garantiert und eine Reihe von Menschenrechten, darunter das Recht auf Wiedergutmachung und das Recht auf Gerechtigkeit, kann den Menschenrechtsverletzungen im Südsudan ein Ende setzen. Die Organisation erklärte, dass Gerichtsverfahren und Wahrheit Hand in Hand gehen müssen und dass der HCSS (Hybrid Court for South Sudan) parallel zur Reform des Justiz- und Sicherheitssektors unverzüglich umgesetzt werden muss, um den Weg für eine angemessene, wirksame und rasche Wiedergutmachung zu ebnen.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/4829/2021/en/>

SEPTEMBER

"Wir beobachten eine neue Welle der Unterdrückung im Südsudan, die sich gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung richtet", Deprose Muchena, Regionaldirektor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

Die südsudanesischen Behörden haben Aktivisten der Zivilgesellschaft und einen Politiker verhaftet sowie einen Radiosender und einen akademischen Think-Tank geschlossen. Dies ist ein Zeichen für eine neue Welle der Repression als Reaktion auf die Aufrufe zu friedlichen Protesten, so Amnesty International.

Die Zunahme willkürlicher Verhaftungen und anderer Maßnahmen erfolgte, nachdem die Volkskoalition für zivile Aktionen (PCCA), eine kürzlich gegründete Dachorganisation von Regierungskritikern, für den 30. August zu friedlichen landesweiten Protesten aufgerufen hatte, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen, und als Grund "Führungsversagen" anführte.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/09/south-sudan-end-new-wave-of-repression-against-peaceful-protests/>

JULI

Ein Amnesty International- Bericht von John Ador Akoy, Menschenrechtsverteidiger beim South Sudan Human Rights Defenders Network, Jugend- und Friedensaktivist bei der Anataban Arts Initiative, Geschichtenerzähler, Schriftsteller und zertifizierter Mediator:

Die Jugend kann eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Menschenrechtssituation im Südsudan spielen

Der Südsudan hat gerade sein zehnjähriges Jubiläum der Unabhängigkeit gefeiert, und was für ein Jahrzehnt! Inzwischen hätten wir unsere zweiten allgemeinen Wahlen als unabhängiges Land durchführen und zumindest den Ratifizierungsprozess der beiden wichtigsten Menschenrechtspakte abschließen können: Den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR). Aber "die Kriege 2013 und 2016", "die Hungersnot", "die Sanktionen", sind Ausreden, die von unseren führenden Politikern benutzt werden, damit wir es nicht tun. Vor kurzem kam eine neue Ausrede hinzu: Die Jugend ist noch nicht reif für die Führung.

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2021/07/the-youth-can-play-a-meaningful-role-in-improving-human-rights-in-south-sudan/>